

Wir stehen heute als Beratungsstelle für Migrantinnen in Not hier, weil wir eindringlich vor dem kommenden Beschluss der europäischen Innenminister*innen im EU-Rat warnen wollen und schockiert sind von der Position der deutschen Bundesregierung.

In unserem Redebeitrag wollen wir besonders auf die Gefahr der Ausweitung der sicheren Drittstaaten und der Fiktion der Nichteinreise – also der Verweigerung eines ordentlichen rechtstaatlichen Verfahrens – hinweisen.

Schon in der Vergangenheit wurde versucht, das euphemistisch genannte „Migrationsmanagement“ also die Abwehr Schutzsuchender, auszulagern. Hierbei werden auch Abkommen mit autoritären Regimen wie der Türkei eingegangen. Dieser droht nun mit dem kommenden Beschluss sich auszuweiten.¹ Eigentlich geht es im Asylverfahren um die Frage, ob einer Person im Herkunftsland schwere Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung drohen. Doch vorgeschaltet wird dann bei dem Konzept oft eine andere Frage: Ist der Asylantrag zulässig? Das soll zum Beispiel nicht der Fall sein, wenn die schutzsuchende Person sich zuvor in einem angeblich »sicheren Drittstaat« aufgehalten hat. Das führt zu Kettenabschiebungen in Verfolgerstaaten. Von Griechenland aus finden schon jetzt über die Türkei Kettenabschiebungen nach Syrien, nach Afghanistan statt.²

Mit dem kommenden EU Beschluss droht das auch für weitere Länder und es wird LEGAL sein.

Schon jetzt erledigen Staaten wie der Sudan, Niger, Tschad und andere Grenzsicherung für die EU. Durch den Beschluss könnten die Außengrenzländer der EU auch diese Staaten nun zu sicheren Drittstaaten erklären, wie es auch schon Abkommen zwischen Italien und Libyen gibt.³

Es gibt auch bereits jetzt den Khartoum Prozess, eine gemeinsame Initiative der Europäischen und Afrikanischen Union⁴. Hier wird die Grenzsicherung an afrikanische Staaten ausgelagert. Normale Fluchthilfe wird kriminalisiert. Dies hat zur Folge, dass sich sowohl die Risiken für die Migrant*innen als auch die Gewinnspannen für die Schmuggler erhöht haben. Somit haben kriminelle Banden und Milizen mit Kontakten zur Regierung ein Monopol auf die Schleusung.^{5 6}

¹ Vgl. <https://www.medico.de/blog/entrechtung-an-der-grenze-19066>

² Vgl. <https://www.proasyl.de/news/das-ende-von-fluechtlingsschutz-in-europa-die-gefahr-von-sicheren-drittstaaten/>

³ Vgl. auch hierzu “The Memorandum of Understanding (MoU) on Migration” zwischen Italien und Libyen aus 2017: <https://euromedmonitor.org/en/article/5561/Italy-Libya-Memorandum-of-Understanding:-An-affront-to-the-fundamental-human-rights-of-migrants,-refugees,-and-asylum-seekers#:~:text=The%20Italian%20government%20and%20the,and%20strengthening%20cooperation%20in%20development.>

⁴ <https://www.khartoumprocess.net/>

⁵ <https://migration-control.info/wiki/khartoum-prozess/>

⁶ http://www.desertrose.info/wp-content/uploads/2019/08/Trafficking_for_Ransom.pdf, S. 3

Ebenso zeigen Untersuchungen, dass sich durch Migrationskontrollen und sog. Schmuggelbekämpfung das Risiko von Verschleppungen erhöht.⁷

Im Karthoum Prozess werden Diktaturen, wie das Regime von Eritrea, mit Geld aus der EU unterstützt um Schutzsuchende abzuwehren. Beispielsweise soll der General Teklai Kifle erwähnt sein, der mit Geldern aus der EU tief in Menschenhandel verwickelt ist, Landsleute unter Folter um Geld erpressen lässt, mit dem sie dann die Weiterreise finanzieren sollen oder schlicht um ihren Tod abzuwehren.⁸⁹

Wir sind eine vom Justizministerium anerkannte Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel.¹⁰ In den letzten Jahren haben wir bemerkt und auch in unseren Fachkreisen wurde bekannt, dass eben auch durch die Politik der Abschottung, der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes an Drittstaaten, ganz neue Formen von Menschenhandel aufkommen, wie der bereits erwähnte Menschenhandel zum Zwecke der Lösegelderpressung.¹¹

Auch durch die Berichte unserer Klientinnen vernehmen wir ein zunehmendes Ausmaß an hochgradig, teils staatlich organisierten Menschenhandelsnetzwerken einhergehend mit extremen Grausamkeiten und absoluter Verletzung der Menschenwürde auf den Routen nach Europa. Unsere Klientinnen berichten uns von systematischen Entführungen, von Zwangsprostitution, von Arbeitsausbeutung.

Was wir so alarmierend finden: Mit kommenden Beschluss droht das LEGAL zu werden, dass Frauen von der EU aus in diese Zustände abgeschoben werden um ein angebliches Asylverfahren dort durchzuführen.

Der Zustand der von Europa kolonisierten Länder, die vielfältige Art und Weise der weiteren Destabilisierung der Länder durch Handelsabkommen und nun auch noch vermehrt durch Auslagerung des Flüchtlingsschutzes lässt die Situation in den Ländern weiter eskalieren. Zu sehen ist das schon jetzt im Sudan, wo sich beide Regierungsparteien, das Militär und die Miliz RSF, bekämpfen.

Die RSF Miliz, aus großen Teilen der Janjaweed bestehend, war wichtig für Europa. Auch sie wurde im Karthoum Prozess, trotz der Gräueltaten in Darfur, finanziell unterstützt, weil sie die Grenzen Sudans »schützt«, weil dieser ein sehr wichtiges Transitland für geflüchtete Menschen z.B. aus Eritrea, Somalia und Äthiopien auf dem Weg nach Nordafrika und Europa

⁷ http://www.desertrose.info/wp-content/uploads/2019/08/Trafficking_for_Ransom.pdf, S. 3

⁸ Vgl. <https://asmarino.com/news/1965-manjus-eritrean-kalashnikov-smuggler-and-human-trafficking-mastermindib>

⁹ [Drucksache 18/8216 \(bundestag.de\)](http://www.bundestag.de/Drucksache_18/8216)

¹⁰ <http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVwV96522>

¹¹ Vgl. http://www.desertrose.info/wp-content/uploads/2019/08/Trafficking_for_Ransom.pdf

ist. So konnte sich die Miliz vergrößern, bewaffnen und stärker werden. Jetzt ist die bewaffnete Miliz stark genug gemacht worden, um einen erneuten Machtkampf zu wagen- wie man jetzt sehen kann.¹²

Ich hole hier so weit aus, weil durch den anstehenden EU Ratsbeschluss zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) eine Eskalationsspirale, die es eh schon gibt, noch weiter in Gang gesetzt wird. Völkerrecht wird ausgehebelt. Um es mit den Worten des Republikanischen Anwält*innenvereins¹³ zu sagen:

Mit den Beschlussvorschlägen zum Europäischen Asylrecht aus dem Bundeskanzleramt bricht die Ampelkoalition mit dem bisherigen Konsens der Politik in Deutschland nach 1945.

Eine der Lehren aus dem Faschismus war die Genfer Flüchtlingskonvention und Art. 16a Grundgesetz.

Wenn das schon bestehende Unrecht zu Recht wird, wir nichts mehr einklagen können, greift das die Grundpfeiler unserer Gesellschaft an.

Dagegen müssen wir aufstehen!

Unsere Rede mit Quellenangaben legen aus in Deutsch und Englisch

¹² Vgl. <https://www.proasyl.de/news/die-situation-im-sudan-und-was-deutschland-jetzt-tun-muss/>

¹³ <https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/erklaerung-des-rav-anlaesslich-des-fluechtlingsgipfels-am-10523-942>